

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

Politik

# Deutsche in die Fron

## Berlins neue Politik in Nahost: Tastend in die Verantwortung \*Josef Joffe\*

Es wird eine Truppe in Nahost geben, aber keine für den Frieden, der in dieser Arena leider Kampfbereitschaft erfordert. Alle salutieren, aber niemand drängt auf den Appellplatz. Die 5000 versprochenen Franzosen sind auf 200 geschrumpft, sie könnten aber auf 400 verdoppelt werden. Die Deutschen plaudern von Schnellbooten, gar einer Fregatte, aber vorläufig bleibt bei einem Versorgungsschiff. Die Italiener greifen mit einer Hand (und 3000 Soldaten) nach dem Oberbefehl und mit der anderen nach der Reißleine: nur wenn andere Staaten reichlich zuschössen.

Die Deutschen drehen und winden sich so geschmeidig wie die anderen, aber hauptsächlich kreisen sie umeinander. Oder schlagen Saltos. Einmal sagt Freistaatschef Stoiber »grundsätzlich nein«, dann wieder ja »zur Sicherung der syrisch-libanesischen Grenze, insbesondere seeseitig«. Die alten FDP-Granden, Genscher, Lambsdorff und Scheel, reden von »verfrüht« und meinen damit gewiss ebenso nein wie ihr Parteichef Westerwelle.

Der Verteidigungsminister will Gewalt nicht »ausschließen«, aber noch »klarstellen«, wie »die rules of engagement genau aussehen sollen«. Seine Kanzlerin benutzt die bewährte doppelte Verneinung: »Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Europa im Bodenbereich überhaupt nicht engagiert.« Sie redet diskret von einem »kompakten Marineverband für die

Seeraumüberwachung« und fügt hinzu: »keine Beteiligung an einem Kampfeinsatz von Bodentruppen«.

Was soll das? Eine ganze Menge. Im Rauch der Nebelkerzen zeichnet sich ein weiterer Schritt auf jenem Wege ab, auf dem schon 1966 die Regierung Erhard den USA ein Lazarettschiff für Vietnam anbot. Nach langer Pause gings in den Neunzigern weiter: Sanitäter in Kambodscha, Logistik in Somalia, AWACS-Flüge über dem Balkan, Afghanistan, dem Kongo dazu Patrouillenfahrten am Horn von Afrika und im Mittelmeer. Und jetzt in die blutrünstigste aller Gefahrenzonen, in den Nahen Osten.

Dabei sein ist alles? Ja, natürlich, aber die Zeit der selbstsüchtigen Unschuld (die Geschichte!, das Grundgesetz!) ist vorbei. Natürlich will Berlin mit Präsenz auch Prestige einheimsen, mit dem Schritt nach Nahost auch informell die P5, den erlauchten Kreis der fünf Permanenten im Sicherheitsrat in eine P6 verwandeln; Mitmache gleich Mitsprache.

Aber was wäre denn falsch daran, wenn Berlin mit den Epauletten auch ein Stück Verantwortung übernehme aber so, dass Ziele und Mittel halbwegs in der Balance bleiben?

Die Bundesrepublik hat keine richtige Einsatzarmee, nicht einmal, was die Anglos eine blue-water navy, eine Hochseeflotte nennen. Die ältlichen 10 Gepard-

Schnellboote sind für Ost- und Nordsee gedacht. Die 14 Fregatten, hauptsächlich für das klassische Schiff-gegen-Schiff-Duell konzipiert, sind erstens zu langsam für die schnellen Schmuggler-Boote; zweitens will das Parlament sie ohnehin noch nicht herausrücken.

Eine kluge Außenpolitik will nicht mehr, als sie kann. Doch die alte Bundesrepublik wollte stets weniger, als sie konnte; sie wird in der Einsatzdebatte denn auch von ihren alten Größen wie Stoiber und Scheel vertreten, aber gar nicht so paradox auch von orthodoxen Grünen und den postkommunistischen Erben der SED. Es war sehr bequem, sich den Händeln der Weltpolitik zu entziehen, indem man die Verfassung vorschob (»nur Bündnis- und Landesverteidigung«) und dazu den Naziimperialismus: »Keine Truppen, wo die Wehrmacht stand«, was nur Schweden und Portugal übrig ließ.

Die Große Koalition versucht, Wollen und Können, Selbstsucht und Verantwortung ins Lot zu bringen; das ist ebenso lobenswert wie ihr Verzicht auf nationale Töne. Es wäre auch idiotisch, mit Bodentruppen einzugreifen, wo sich selbst eine israelische Division blutig gerieben hat. Also eine Flottille, die in Wahrheit den politischen Auftrag hätte, Hisbollah, Syrien und Iran zu signalisieren: »Wir, die Friedensmächte, sind etwas näher herangerückt.«

Dazu passt auch ein etwas lauterer

**Quelle: Die Zeit**

Provided by GENIOS

Stilwandel. Als Außenminister Steinmeier nach einer blutrünstig-provokativen Assad-Rede den Besuch beim Diktator absagte, brach er mit einer klassischen Tradition, die sich in solchen Fällen umso besänftigungsbereiter zu geben pflegte. Nein sagen gehört jetzt ebenso zum deutschen Repertoire wie Merkels gesetzte

Ermahnungen an Putin oder Bush, Menschenrechte zu ehren. Das stärkt den Respekt und die Verhandlungsposition.

Der gemeinsame Nenner? Diese Regierung spürt, dass »weit, hinten in der Türkei« nicht mehr gilt, wenn der Terror auch in Deutschland zuschlägt, wenn die Apokalyptiker in

Teheran so hartnäckig zur Bombe greifen und Stellvertreterkriege anzetteln. »Deutsche an die Front«? Nein, nicht wirklich, aber doch in die Fron, weil sich nun Verantwortung mit Eigeninteresse paart.